



**Joachim Färber,
Beigeordneter der
Stadtverwaltung Kaiserslautern**

**18. Dezember 2015, 11:00 Uhr
Rathaus Kaiserslautern,
kleiner Ratssaal**

**„Sozialen Frieden erhalten – Integration gestalten – Herausforderungen der zweiten
Amtszeit“
Bilanz und Ausblick**

8. Jahrespressekonferenz

Beigeordneter der Stadt Kaiserslautern...

... das Jahr 2015

Als Beigeordneter und Dezerent der Referate Schulen, Soziales sowie Jugend und Sport lege ich mehr denn je Wert auf eine kommunikative, transparente, gemeinschaftliche und lösungsorientierte Arbeitsweise. Für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danke ich Herrn Günter Andes und Herrn Franz Henrich sowie Herrn Gerhard Heinelt, Herrn Peter Krietemeyer und Herrn Wolfgang Ernst, Herrn Willi Gillmann sowie Frau Katharina Rothenbacher-Dostert, Frau Lydia Müller und Herrn Klaus Müller. Darüber hinaus möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Referate Schulen, Soziales, Jugend und Sport sowie dem Jobcenter für die geleistete Arbeit und das persönliche Engagement ausdrücklich bedanken. Ich bin sehr stolz darauf, dass der weiterhin drastischen Arbeitsverdichtung sowie der immensen Zusatzaufgabe aufgrund der aktuellen Flüchtlingspolitik in meinen Referaten auch in diesem Jahr menschlich, dienstleistungsorientiert und bürgerlich gehandelt wurde.

Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Thomas Bauer (Vorstand Bau AG) sowie Herrn Peter Förster (Geschäftsführer Westpfalz-Klinikum GmbH) für die angenehme und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Flüchtlingspolitik

Die aktuelle Flüchtlingspolitik stellt die Stadt Kaiserslautern vor große Herausforderungen. Die Umsetzung gleicht einem großen Kraftakt.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere bei Frau Schwarz, Herrn Reis und Herrn Wagner sowie Frau Trinkaus vom ASZ, die den riesigen Kraftakt der Flüchtlingsarbeit zusätzlich meistern sowie den zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfer. Ohne sie wäre diese Ausnahmesituation nicht zu bewältigen.

Unterbringung Flüchtlinge

In Kaiserslautern sind derzeit 935 Flüchtlinge zugewiesen (Stichtag 15. Dezember 2015). 126 Flüchtlinge sind noch bis Jahresende unterzubringen. Unterbringungsmöglichkeiten sind das Bürger-Büsing-Haus, das Kreiswehrersatzamt, das Anwesen Alte Brücke, die ehemalige Hauptpost und Privatunterkünfte. Derzeit werden die Flüchtlinge von rund 160 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern betreut. Hauptamtliche Betreuung leisten das Arbeits- und sozialpädagogische Zentrum (ASZ) sowie das Deutsche Rote Kreuz (DRK). Mit der Villa Jänisch konnte für die Arbeit der Ehrenamtler ein adäquates Haus gefunden werden, in denen die Kurse angeboten werden. Vor allem der Sprachunterricht, der den Flüchtlingen angeboten wird, läuft sehr gut.

Mobilitätshilfe für Flüchtlinge

Im Rahmen der Mobilitätshilfe für Flüchtlinge konnten insgesamt 20 Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Im vom Bund finanzierten Programm unterstützen sie Flüchtlinge bei Umzügen, beim Wareneinkauf und sonstigen Situationen, wo Mobilität erforderlich ist. Die Finanzierung beläuft sich auf 850.000 Euro in drei Jahren. Es handelt sich um ein Projekt der Jobcenter.

Junge Flüchtlinge

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die ohne Personensorgeberechtigte nach Deutschland einreisen, hat sich bundesweit erheblich erhöht. Für das Jugendamt der Stadt zeigt sich folgende Entwicklung:

2011: 19 unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)
2012: 26 umA
2013: 47 umA
2014: 109 umA
2015: 155 umA (*davon aktuell betreut: 69 - Stand: 15.12.2015*).

Die Jugendämter sind bereits seit 2005 gesetzlich verpflichtet, diese jungen Ausländer in Obhut zu nehmen und die weitere Lebensperspektive zu klären. Die fünffache Fallzahl hat mit Blick auf die Organisation des Betreuungsaufwandes das Jugendamt KL an die Belastungsgrenze gebracht. Erschwerend kommt hinzu, dass die freien Träger natürlich auch nicht von heute auf morgen die stationären Platzkapazitäten für die Inobhutnahmen und die Anschlusshilfen der jungen Ausländer realisieren können. Mit den zum 01.11.2015 in Kraft getretenen rechtlichen Änderungen wird Rheinland-Pfalz im Zuge eines neuen bundesweiten Verteilungssystems zusätzliche junge Flüchtlinge aufnehmen müssen, die dann wiederum auf die 41 Jugendämter im Land weiter verteilt werden. Bisher leben in Rheinland-Pfalz gut 1.500 minderjährige Flüchtlinge, nach dem Königsteiner Schlüssel müsste das Land aber eigentlich 2.710 aufnehmen. Hierfür reichen die Kapazitäten allerdings nicht aus.

Das vom Jugendministerium angedachte Konzept der "Schwerpunktjugendämter" ist sicherlich unter fachlichen Gesichtspunkten der richtige Weg. Damit sind jedoch bei weitem nicht alle Probleme gelöst. Die Jugendämter, die sich dieser Aufgabe stellen, dürfen nicht alleine gelassen werden. Dabei steht ausnahmsweise einmal nicht die finanzielle Beteiligung des Landes im Vordergrund der Aufmerksamkeit. Der Rat hat sich am 02.11.2015 mit dem Konzept der Schwerpunktjugendämter befasst und grundsätzlich seine Zustimmung zur Bewerbung erteilt.

Sprachförderung Flüchtlinge

Die Verwaltung informiert Flüchtlinge über die seitens der ADD angebotenen Sprachkurse in den Schulen. In der Lina-Pfaff Realschule plus werden drei Kurse mit insgesamt 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern angeboten, in der Kurpfalz Realschule plus zwei Kurse mit 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, im Burggymnasium gibt es einen Kurs mit siebzehn Teilnehmern. An der BBS II – Wirtschaft und Soziales – gibt es derzeit einen Sprachkurs mit insgesamt 30 Schülerinnen und Schüler, hier ist ein zweiter beantragt. Auch an den Grundschulen Auf dem Fischerrück, Kotten, Geschwister Scholl sowie der Luitpoldschule gibt es Sprachkurse für Migrantinnen und Flüchtlinge.

Spende der Bau AG Stiftung für Flüchtlinge und sozial Benachteiligte am Astern-/Geranienweg

1.000 Euro stellt die Bau AG Stiftung für Kleidung für Flüchtlinge und sozial Benachteiligte am Astern-/Geranienweg zur Verfügung. Darüber hinaus wird der Kaiserslauterer Schwimmclub (KSK) mit 500 Euro für den Eintritt von Flüchtlingen, die an einem Schwimmkurs teilnehmen, gefördert.

Arbeit der Freiwilligen-Agentur für Flüchtlinge:

Es konnten zahlreiche Ehrenamtliche für die Arbeit mit und für Flüchtlinge gewonnen werden. Die Koordination erfolgt über das ASZ und die Freiwilligen Agentur. Letztere steht dem ASZ beratend zur Seite.

Inklusion (Referate Jugend, Soziales und Schulen):

In seinem Kern meint Inklusion, "die vorbehaltlose Akzeptanz eines jeden Menschen hinsichtlich der Chancengerechtigkeit und gleichberechtigten Teilhabe in allen wesentlichen Lebensbereichen unserer Gesellschaft." In diesem Sinne bezieht sich Inklusion nicht nur auf Menschen mit Behinderungen. Der Inklusionsprozess bezieht sich des Weiteren auf alle wesentlichen, gesellschaftlichen Teilsysteme: Also auf Kitas, Schulen, Arbeitswelt und Freizeiteinrichtungen. Hierbei ist einerseits jedes Teilsystem zunächst selbst gefordert, sich stärker inklusiv zu organisieren. Andererseits bedarf es an den Schnittstellen der Teilsysteme einer intensiven Zusammenarbeit.

Rheinland-Pfalz hat eine differenzierte Struktur sonderpädagogischer Förderung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bzw. mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Derzeit existiert ein Netz von Schwerpunktschulen, inklusivem Unterricht an anderen Regelschulen sowie Förderschulen. Schwerpunktschulen im Bereich der Grundschulen sind aktuell die Geschwister-Scholl Schule, die Grundschule Hohenecken, die Kottenschule, die Röhmschule und die Schillerschule sowie die Lina-Pfaff-Realschule plus und die beiden Integrierten Gesamtschulen, die IGS Goetheschule und die Bertha von Suttner Schule.

In der Stadt Kaiserslautern hat es im Mai diesen Jahres ein erstes Gespräch mit Vertretungen der Förderschulen, der Schwerpunktschulen, dem Referat Schulen und dem Schuldezernenten gegeben. Dabei wurde ersichtlich, dass nach Auffassung der Vertretungen der Schulen die in Kaiserslautern zur Verfügung stehenden Plätze für Kinder mit sonderpädagogischem Gutachten für die Aufnahme an einer Schwerpunktschule nicht ausreichen.

Problematisch wird die Ausweitung von Schwerpunktschulen im Grundschulbereich gesehen (ab dem Schuljahr 2015/16 insgesamt fünf im Stadtgebiet), während nur drei weiterführende Schulen im Anschluss zur Verfügung stehen, um die entsprechenden Schülerinnen und Schüler aufnehmen zu können. Diesem Umstand wird man in Zukunft nur schwer Rechnung tragen können. Die Pauschalisierung von Stundendeputaten des Lehrpersonals im Bereich der Schwerpunktschulen haben oft mit der notwendigen

Einzelfallhilfe vor Ort wenig zu tun, so die Lehrerinnen und Lehrer der Schularten. Hier sehen die Beteiligten Gesprächs- und Handlungsbedarf mit dem Bildungsministerium.

Das Jugendreferat bringt sich in vielfacher Weise in die Ausgestaltung dieses übergreifenden Inklusionsprozesses ein:

- Sprachförderung in Kitas mit ca. 540 Kindern,
- personelle Aufstockung der päd. Fachkräfte in allen Kitas für die Förderung von Kindern mit Behinderungen, mit Migrationshintergrund und/oder mit Entwicklungsrisiken,
- Schulsozialarbeit (insgesamt 19 Stellen an Schulen),
- Förderung von präventiven Projekten zur Schulverweigerung (CJD und ASZ),
- Integrationshilfen in Kitas und Schulen (56 Kinder),
- Beteiligung an der Jugendberufsagentur.

Auch das Sozialreferat stellt im Rahmen der Eingliederungshilfe Integrationshelfer den Kindern/Jugendlichen zur Seite. Derzeit werden bei 21 Fällen, davon 2 in Kindertagesstätten und 19 in Schulen, die Kosten von der Stadt übernommen.

Organisationsuntersuchung der Referate Soziales und Jugend

Im Rahmen der Projekte zur Konsolidierung des hochdefizitären städt. Haushalts hat der Stadtrat u.a. beschlossen, das Jugendreferat und das Sozialreferat in ausgewählten Leistungsbereichen einer Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung zu unterziehen.

Mit der Untersuchung beauftragt, ist das Hamburger Institut für "Consulting und soziale Entwicklung GmbH - kurz: con_sens -. Die Untersuchung begann im März 2015. Sie ist im Dezember abgeschlossen worden. Durch die Teilnahme an mehreren Workshops und Arbeitssitzungen wurde sowohl auf der Mitarbeiterebene als auch auf den verschiedenen Leitungsebenen sehr viel Personalkapazität gebunden. Teil der Untersuchung ist auch ein Personalbemessungsverfahren in den Bereichen Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) und Pflegekinderdienst (PKD) des Jugendreferates sowie in den Bereichen Hilfe zur Pflege (HzP), Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (SGB XII) (EGH) und Unterhalt(sheranziehung) (UH) des Sozialreferates.

Der Abschlussbericht liegt vor und wird im nächsten Jahr den Ratsmitgliedern vorgestellt.

Als Ergebnis kann ich jetzt schon feststellen, dass con_sens den Referaten Soziales (50) und Jugend (51) sehr gute Arbeit bescheinigt hat.

Referat 40 – Schulen

Schulbuchausleihe

Insgesamt nahmen 3.065 Schülerinnen und Schüler an der entgeltlichen Schulbuchausleihe teil, 3.198 an der unentgeltlichen geförderten Schulbuchausleihe, die die Lehrerinnen, die Schulsekretariate und das Referat Schulen bei der Ausgabe der Schulbücher und Rücknahme erheblich belasten.

Alle, am Schulbuchausleiheverfahren teilnehmenden Städte, sind verpflichtet, Schadenersatzfällen nachzugehen. In Kaiserslautern bereiten bei der aktuellen Rücknahme der Bücher 37 Prozent der Entleihfälle Probleme, die die Verwaltung nachhaltig beschäftigen. Die Durchsetzung der Schadenersatzansprüche ist sehr zeitaufwendig und kompliziert und führt oft nicht zum gewünschten Erfolg. Diese Problematik wird derzeit mit dem Bildungsministerium diskutiert.

Referat 50 – Soziales

Stadtteilarbeit:

Die Stadtteilarbeit in Arbeitsgruppen und Netzwerken findet in Kaiserslautern in verschiedenen Stadtteilen mit unterschiedlichen Ausgangspunkten, Ansätzen und Absichten statt. Gemeinsame Ziele sind:

- Die praktische Unterstützung bei sozialen Bedarfslagen und vorsorgenden Maßnahmen
- Der Aufbau und die Pflege von sozialen Netzwerken
- Die Erschließung und Nutzung der lokalen Ressourcen und Potenzialen
- Die Steigerung der Identifikation mit dem eigenen Quartier

Innenstadt West:

Hier erfolgt weiterhin die fachliche Begleitung des Quartiersmanagement, das im Rahmen des Förderprogramms ‚Soziale Stadt‘ aufgebaut wurde. Unter der Koordination des Stadtteilbüros in der Königstraße konnten neue Ideen, wie die Tauschbox und das regelmäßig angebotene Repair Café ins Leben gerufen werden.

Stadtteil Grübentalchen:

Dieser Stadtteil ist zukünftig Bestandteil des Bund-Länder-Förderprogramms ‚Soziale Stadt‘. Damit startet ein längerfristiger und umfassender Stadtteilerneuerungsprozess. Auch hier wird es zukünftig ein Quartiersmanagement geben, das mit einer Auftaktveranstaltung zu Beginn des nächsten Jahres die Bürgerinformation und Bürgeraktivierung startet. Neben der engen Kooperation mit der Sozialplanung und dem Referat Stadtentwicklung wird auch der Fachbereich Stadtsoziologie der TU in die Begleitung der Bürgerbeteiligung mit einbezogen.

Stadtteil Betzenberg:

Im Rahmen des Bundesprojektes ‚Anlaufstelle für ältere Menschen‘ wurde hier in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirchengemeinde der Stephanuskirche, der Bau AG und natürlich den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils vielfältige Aktivitäten entwickelt und umgesetzt. Im Laufe des nächsten Jahres soll hier ein Bewegungsparkours installiert werden.

Stadtteil Bännjerrück/Karl-Pfaff-Siedlung:

Hier wird bereits seit Sommer 2008 in der mittlerweile 30. Ausgabe und mit rein ehrenamtlicher Arbeit der Bännjerrückbote vom Bürgerverein herausgegeben.

Jugendberufsagentur:

In der Jugendberufsagentur haben sich das Jugendreferat und das Jobcenter der Stadt Kaiserslautern sowie die Berufsberatung der Agentur für Arbeit zusammengetan, um jungen Menschen beim Einstieg ins Berufsleben zu helfen. Hier werden die Jugendlichen von den genannten Kooperationsträgern betreut, beraten und unterstützt. Aktuell werden 70 Jugendliche vom Sozialreferat und Jugendreferat betreut.

Im Dezember besuchte Staatsministerin Irene Alt vom Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz die Jugendberufsagentur, um sich über den aktuellen Stand zu informieren.

Jobcenter:

Mit insgesamt rund 6.000 Bedarfsgemeinschaften (BG) liegt das Jobcenter ungefähr 100 BG unter der Vorjahreszahl. Erstmals konnten im Jobcenter mehr als 2.000 Integrationen von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt erfolgreich durchgeführt werden.

Der Controlling-Geschäftsbericht für das SGB II zeigt eindrucksvoll, dass Kaiserslautern im Cluster mit 35 Städten mit ähnlicher Wirtschaftskraft Platz 1 in der Integrationsquote belegt. Beim Index, der die Prozessqualität wie Bearbeitungszeit, Erstberatungen und Angebote enthält, belegt Kaiserslautern Platz 2 von 35.

Ökologieprogramm:

Das Ökologieprogramm feierte in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen. Ziel der Initiative war und ist es bis heute, Langzeitarbeitslose in gemeinnützigen Arbeitsfeldern zu beschäftigen und damit den öffentlichen Interessen zu dienen. Zahlreiche Projekte, wie z.B. das Freilandlabor auf dem Kaiserberg, die Unterstützung im Zoo in Siegelbach, die Hilfe bei der naturnahen Gestaltungen einiger Kindergärten und Schulhöfe hat das Ökologieprogramm realisiert.

Referat 51 – Jugend und Sport

Kita-Streik:

Der Kita-Streik im Frühjahr - insbesondere Mai - hat die Verwaltung des Jugendreferates vor besondere Herausforderungen gestellt. Notgruppen mussten organisiert werden und für die zahlreichen Beschwerden der Eltern hat es ständig ein offenes Ohr und viel Verständnis gebraucht. Der Forderung von Eltern zumindest für die nicht gewährte Leistung, auf die das Kind einen Rechtsanspruch hat, Kostenbeitragszahlungen anteilig zurück zu erhalten, hat der Stadtrat auf Antrag des Jugendreferates mit einem entsprechenden Beschluss vom 20.07.2015 weitgehend entsprochen. Die Verwaltung hat die Rückerstattung inzwischen abgeschlossen. Die Rückerstattungen an die Eltern belaufen sich insgesamt auf 7.305 Euro. Die tariflichen Verbesserungen auf Seite der pädagogischen Fachkräfte führen zu erheblichen Personalkostensteigerungen im Haushalt der Stadt. Dies ist nicht nur bei den Beschäftigten der eigenen 16 Kitas, sondern auch bei den Kitas freier Träger. Denn auch dort ist die Stadt im Durchschnitt mit mindestens 42% an den Personalkosten beteiligt. Der Mehraufwand für städtische Kitas liegt bei circa 210.000 Euro, der Mehraufwand bei städtischen Personalkostenzuschüssen an freie Kita-Träger bei circa 480.000 Euro.

Fortschreibung des Kita-Entwicklungsberichtes

Mit der Neubesetzung der Jugendhilfeplanungsstelle zum Jahresbeginn lagen die personellen Voraussetzungen vor, um die Kita-Bedarfsplanung im Rahmen eines Entwicklungsberichtes systematisiert und qualifiziert fortzuschreiben. Der Kita-Entwicklungsbericht 2015/16 wurde am 15.07.2015 im JHA beraten und beschlossen. Er dokumentiert den Ausbau von Stadt und freien Trägern in den vergangenen Jahren und legt die Bedarfsquoten für die Kinder im Vorschulalter fest. Die Versorgungsquote bei den Kita-Plätzen liegt bei den unter Dreijährigen bei 42,1%. Inklusive der knapp 100 Kinder in Kindertagespflege beträgt die Quote sogar 46,2%. Damit liegt die Stadt immer noch leicht über dem Landesdurchschnitt, auch wenn andere Kommunen inzwischen aufgeholt haben.

Einen erheblichen Zuwachs hat es bei den Ganztagsplätzen im Kindergartenbereich gegeben: der Anteil der GZ-Plätze liegt inzwischen bei 56,5 %. Vor fünf Jahren waren es noch 44,7 %. Auch diese Entwicklung unterstreicht die Bedeutung der Kitas für die Sozialisation der Kinder auf der einen Seite und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf der anderen Seite. In der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft und der Gleichstellung von Frauen spielt die Kita-Versorgung eine maßgebliche Rolle.

Bemerkenswert ist auch die deutliche Zunahme der Präsenzquoten von ein- und zweijährigen Kindern:

- bei den Einjährigen liegt sie bei knapp 25% und
- bei den Zweijährigen bei fast 70%.

Die Dreijährigen, die inzwischen mit 95% eine Kita besuchen, waren vor etwa 10 Jahren gerade einmal mit der Hälfte der Jahrgangsstärke in einem Kindergarten. Auch diese Fakten unterstreichen den gravierenden Wandel der Kita-Landschaft.

Finanzierung der Kitas freier Träger

Alle Rechtsansprüche auf Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz richten sich an den öffentlich-örtlichen Träger - also die Stadt KL. Insofern sind die Angebote der freien Träger, rechtlich gesehen, grundsätzlich freiwilliger Natur. Allerdings sollen sich die freien Träger aber auch entsprechend ihrer Finanzkraft an den Leistungen und Angeboten beteiligen. Damit tun sich gerade die bisher finanzstarken kirchlichen Träger und Wohlfahrtsverbände immer schwerer. Die Folge ist u.a., dass die Stadt immer häufiger und in steigendem Umfang Finanzierungsanteile der freien Träger übernehmen muss. So wurde der Sachkostenzuschuss für die Kitas freier Träger in Form der Gruppenpauschale von ca. 1.500 Euro je Gruppe im Jahr 2012 auf rd. 2.730 Euro im Jahr 2014 deutlich erhöht. Für den Doppelhaushalt 2015/2016 hat der Rat nochmals den Zuschussbetrag angehoben, so dass die freien Träger nach derzeitigem Stand in diesem Jahr mit rd. 3.500 Euro je Gruppe rechnen können.

Auch bei den investiven Kosten muss die Stadt einen ständig steigenden Kommunalanteil schultern. An den Investitionskosten zum U3-Ausbau hat sich die Stadt bei den Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen der freien Träger mit insgesamt 55 % (rund 8,2 Mio. Euro) beteiligt. Bund/Land haben dagegen "nur" 23% und die freien Träger 22% der notwendigen Finanzmittel aufgebracht. In der Tendenz zeichnet sich ab, dass die zukünftige Beteiligungsquote der freien Träger investiv auf null schrumpfen soll.

Personal

Die hohe Fluktuation im Kita-Bereich hat es erforderlich gemacht, dass in diesem Jahr in bisher nicht praktiziertem Umfang Nachbesetzungsmaßnahmen ergriffen werden mussten. Nur durch sechs externe Bewerberrunden sowie die Übernahme von mehreren Berufspraktikantinnen im Sommer ist es gelungen, die Zahl der vakanten Erzieherstellen im Rahmen zu halten. Dem Personalreferat und dem Personalrat gilt in diesem Zusammenhang unser besonderer Dank für die Unterstützung.

Sehr erfreulich ist,

- die Wiederbesetzung der Jugendhilfeplanerstelle zu Jahresbeginn,
- die Wiederbesetzung der Abteilungsleitung Sport und Bäder im September und die
- die Wiederbesetzung der "Stadtjugendpflegerstelle" zum 01.12.2015 nach einer mehr als dreijährigen Vakanz.

Abteilung Sport:

Sportfördermittel

Im Jahr 2015 wurden rund 300.000 Euro Sportfördermittel an 56 Vereine in Kaiserslautern ausgezahlt.

Badesaison 2015

Die städtischen Freibäder hatten in diesem Jahr dank des Super-Sommers einen enormen Besucheransturm. Seit der Eröffnung des Warmfreibades am 16. Mai und der Eröffnung der Waschmühle am 23. Mai suchten insgesamt 179.801 Badegäste die städtischen Freibäder auf. Die Waschmühle verbuchte 83.019, das Warmfreibad 96.782 Gäste. Ein großartiges Ergebnis.

Stabsstelle Gesundheitsberatung

Interne Anlaufstelle:

Die Stabsstelle Gesundheit, unter der Leitung von Herrn Klaus Müller, ist Anlaufstelle für Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter, Vorgesetzte und Gruppen der Stadtverwaltung.

Mitwirkung im Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM)

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement ist ein umfangreiches, zeitintensives Verfahren, das den Ursachen von Arbeitsunfähigkeitszeiten einer/eines Beschäftigten nachgeht. Es wird nach Möglichkeiten gesucht, künftige Arbeitsunfähigkeitszeiten zu vermeiden und Beschäftigte gesund zu erhalten. Die Gesundheitsberatung ist hierbei ein wichtiger Partner, die den Kolleginnen und Kollegen in Fragen der Gesundheit intensiv beisteht und konkrete Hilfsmöglichkeiten aufzeichnet. Das BEM-Verfahren ist im § 84 SGB IX gesetzlich als Pflichtaufgabe festgeschrieben (siehe Anlage). Die Beratungs- und Informationsmöglichkeiten der Stabsstelle werden von den Kolleginnen und Kollegen in vielfacher Weise genutzt

Des Weiteren besteht ein enger Kontakt zu den örtlichen Selbsthilfe-, Behinderten- und Senioreneinrichtungen (Vernetzung, Erfahrungsaustausch und praktische Unterstützung).

Freiwilligenagentur

Unter der Leitung von Lydia Müller konnten zahlreiche Ehrenamtliche für verschiedene Projekte gewonnen werden. In 2015 lag der Fokus auf Beratung und Vermittlung, aber es fanden auch wieder zahlreiche Aktionen und Mitmach-Angebote statt, unter anderem die Beratung der Initiative zur Gründung der Kulturloge. Die Leitung des Arbeitskreises zur Einführung der Ehrenamts-Karte lag ebenfalls in Lydia Müllers Händen.

Städtische Gesellschaften

Westpfalz-Klinikum GmbH

Krankenhausstrukturreformgesetz

Der Bund plant den Erlass eines neuen Krankenhausstrukturgesetzes, welches mehr Qualität einfordert, einhergehend mit Kürzungen und weiteren Belastungen für das bestehende Personal. Gegen diese Maßnahme protestierten im vergangenen Jahr bundesweit die Krankenhäuser unter dem Kampagnenmotto „Krankenhausreform – So nicht!“. Auch das Westpfalz-Klinikum war mit seinen vier Standorten Kaiserslautern, Kusel, Kirchheimbolanden und Rockenhausen mit dabei. Die Reform ist gleichzusetzen mit einem Krankenhaus-Abbau-Gesetz. Sie laufe letztlich auf Schließungen von Kliniken hinaus. Das Gesetz muss ganz klar nachgebessert werden, denn gerade in unserer Gesellschaft, in der Menschen immer älter werden, müssen Gesundheitseinrichtungen vorhanden sein und technisch sowie qualitativ auf einem hohen Stand arbeiten.

Bau AG

Modell Nils (Nachbarschaftlich/Inklusiv/Lebenswert/Selbstbestimmt)

Die Bau AG Kaiserslautern hat sich intensiv mit dem Thema „Wohnen im Alter“ auseinandergesetzt und nach Konzepten gesucht, die ihren Mieterinnen und Mietern ermöglicht, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung, zumindest aber in der gewohnten Umgebung zu verbleiben. Die Bau AG orientiert sich bei der Umsetzung am sogenannten „Bielefelder Modell“, da es auf alle Kommunen übertragbar ist. Ein

wesentliches Element des Modells, für das keine Betreuungspauschale der Bewohner entrichtet werden muss, ist der generationsübergreifende Bewohner- oder Nachbarschaftstreff, das Wohncafé. Es bietet die Möglichkeit zum Kennenlernen der Nachbarschaft, Unterstützung bei Fragen und Problemen zu erhalten, Freizeitangebote in Anspruch zu nehmen, gemeinsames Essen einzunehmen, etc. Das Café lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Bewohner. Nils steht somit für:

Nachbarschaftlich/Inklusiv/Lebenswert/Selbstbestimmt!

Bau AG Stiftung

Die Bau AG Stiftung hat auch 2015 zahlreiche Projekte in Kaiserslautern unterstützt. Unter anderem:

- Die Grundschule Geschwister Scholl mit zwei Tablets
- Den Badmintonverein Kaiserslautern e.V. mit einer Spende für die Vereinsjugendarbeit
- Den SV Wiesenthalerhof e.V. mit einer Spende für die Anschaffung eines Fußballtores
- Die Lina-Pfaff-Realschule plus mit einer Spende für Sportkleingeräte

Bilanz und Ausblick

Im Jahr 2015 fanden die Stadtvorstandswahlen statt und der Stadtvorstand wurde erneut auf acht Jahre wiedergewählt. Für dieses Vertrauen möchte ich mich beim Stadtrat bedanken.

Ich hatte lange überlegt, ob ich nochmals kandidieren soll, denn die Wahrnehmung der Aufgabe als Beigeordneter verlangt auch, dass man persönlich aushält, was mit dem Amt verbunden ist. Man steht in der Öffentlichkeit, wird vom politischen Gegner angegriffen, muss zahlreiche Entscheidungen treffen, Schweigen wo andere Reden, den Mund aufmachen wo andere schweigen, immer vorbereitet sein, immer am Puls der Zeit leben. So wie ich die Aufgabe verstehe, ist es kein acht Stunden Job – dennoch – diese Herausforderung anzunehmen, die Verantwortung an herausragender Stelle zu übernehmen, macht mir Freude. Ich bin der Meinung, dass mein Engagement für die Menschen, meine politische Leidenschaft, mein Einsatz für mehr Chancengleichheit und den Erhalt des sozialen Friedens sinnvoll ist. Ich freue mich auf die nächsten acht Jahre als Beigeordneter der Stadt Kaiserslautern.

Auch im Jahr 2015 konnten wieder viele Projekte auf den Weg gebracht oder abgeschlossen werden. Der Fokus lag dabei selbstredend darauf, die soziale Verantwortung für unserer Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen und die Flüchtlingspolitik positiv zu gestalten.

In 2015 gab es erneut eine enorme Aufgabenverdichtung für das Personal. Anstatt eines weiteren Personalabbaus macht diese Aufgabenverdichtung einen Personalaufbau notwendig.

Auch die Haushaltssituation ist nach wie vor schwierig und es gibt keine Aussichten auf eine Problemlösung der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen durch Land und Bund. Mit der ablehnenden Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zur Klage der Stadt Pirmasens wurde die finanziell bessere Ausstattung der Kommunen durch das Land auf die lange Bank geschoben. Damit hat das Urteil den Kommunen Steine in den Weg gelegt, anstatt zur Lösung beizutragen. Das Land ist dennoch aufgefordert, notwendige Mittel den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Ich fordere das Land auf, sich nicht auf das Konnexitätsausführungsgesetz zu berufen, sondern auch Kostensteigerungen nach dem 01.01.2005 als konnexitätsrelevant zu beurteilen. Die Kürzungen der ADD im Bereich der freiwilligen Leistungen sehe ich kritisch, weil viele Einrichtungen, die von den Kürzungen betroffen sind, zu einem positiven Lebensgefühl der Bürgerinnen und Bürger beitragen und einen unverzichtbaren Standortfaktor für Unternehmen darstellen. Die Unterfinanzierung der Kommunen sollte nicht die ärmsten Kommunen treffen und der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse macht deutlich, dass auch in hoch verschuldeten Kommunen die kommunale Selbstverwaltung und damit die freiwilligen Leistungen erhalten bleiben sollten.

Große Herausforderung im Jahr 2016 wird sein, den sozialen Frieden zu erhalten, Flüchtlinge zu integrieren und sich weiterhin um sozial Benachteiligte zu kümmern. Dabei müssen Lösungen gefunden werden, um die Bedarfe zu decken. Die lebens- und liebenswerte Stadt Kaiserslautern muss auch weiterhin lokal und überregional positiv dargestellt werden.

Ich lebe gerne in Kaiserslautern!

Ich wünsche uns allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2016!

Aufgaben und ehrenamtliche Tätigkeiten des Beigeordneten:

Aufgaben:

- Beigeordneter der Stadt Kaiserslautern (Mitglied im Stadtvorstand)
- Dezernat III, Referate: Schulen, Soziales, Jugend und Sport sowie Stabsstelle Gesundheit
- Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
- Vorsitzender des Schulträgerausschusses
- Vorsitzender des Sozialausschusses
- Vorsitzender des Sportausschusses
- Aufsichtsratsvorsitzender der Westpfalz-Klinikum GmbH (im Wechsel)
- Aufsichtsratsvorsitzender der Blutspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH
- Aufsichtsratsvorsitzender der Bau AG
- Aufsichtsratsvorsitzender der Pfaff-Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH (im Wechsel)
- Vorsitzender der Trägerversammlung Jobcenter der Stadt Kaiserslautern (im Wechsel)
- Vorstandsmitglied der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Rheinland-Pfalz e.V.(VWA)
- Vorsitzender des Stiftungsbeirates der Bau AG Stiftung
- Mitglied im Kuratorium der Jubiläumsstiftung

Ehrenamtliche Tätigkeit:

- Mitglied im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gesundheit des Städtebaus Rheinland-Pfalz in Mainz
- Mitglied im Kuratorium der Hochschule Kaiserslautern
- Mitglied der Elisabeth-Bügler-Schwarz-Gedächtnis-Stiftung
- Mitglied der Anne und Wilm Wippermann Stiftung